

18 Seiten

175

Ausschuß für Schule und Weiterbildung

Protokoll

18. Sitzung (nicht öffentlich)
4. Dezember 1991
Düsseldorf - Haus des Landtags
10.30 Uhr bis 13.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Frey (SPD)
Stenographin: Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

hier: Pressemitteilungen vom 30.11. bis 03.12.1991 betreffend Maßnahmen der Landesregierung in bezug auf Ferientage, unentgeltliche Überstunden, Versetzungsanträge, freie Wochen nach Abiturprüfungen und die Reaktivierung bereits im vorzeitigen Ruhestand befindlicher Lehrkräfte an Schulen

Anfrage der Abgeordneten Philipp (CDU) 1

Im Anschluß an einen Bericht von Kultusminister Schwier und Ministerialdirigent Dr. Meyer (Finanzministerium) diskutiert der Ausschuß über verschiedene Fragestellungen.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992
(Haushaltsgesetz 1992)**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450Ergänzungsvorlage
Drucksache 11/2723

Einzelplan 05 - Kultusminister

Vorlagen 11/764, 11/803

in Verbindung damit:

§ 21 Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 1992Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2452

15

Der Ausschuß befaßt sich abschließend mit dem Einzelplan 05, soweit er in seine Zuständigkeit fällt.

Über die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN wird nach Begründung und Aussprache abgestimmt.

Die Ergebnisse über die Abstimmung zu den Anträgen und die Schlußabstimmung sind dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/2805 zu entnehmen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

Ergänzungsvorlage
Drucksache 11/2723

Einzelplan 05 - Kultusminister

Vorlagen 11/764, 11/803

in Verbindung damit:

§ 21 Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 1992

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2452

Abgeordneter Reichel (F.D.P.) erklärt, die F.D.P.-Fraktion habe sich entschlossen, in diesem Jahr keine Anträge zum Haushalt zu stellen. In allen zurückliegenden Jahren habe man erlebt, daß die F.D.P.-Anträge durchgängig abgelehnt worden seien.

Insbesondere im letzten Jahr habe seine Fraktion eine Erhöhung der Vertretungsreserve zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall beantragt und dazu einen Finanzierungsvorschlag, nämlich die Rückführung der Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden für Lehrer in einem moderaten Umfang - gemacht. Dieser, damals als unsinnig abgelehnte Vorschlag, werde nun mit einiger zeitlicher Verzögerung von der Landesregierung selbst zur Finanzierung eigener Vorschläge aufgegriffen. Vor diesem Hintergrund sei seine Fraktion nicht bereit, sich an diesem Theater zu beteiligen. In der dritten Lesung werde sie allerdings einen Antrag zur Haushaltsstruktur stellen.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) geht davon aus, daß die Vielzahl der Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN ebenfalls abgelehnt werde. Trotzdem wolle sie sich der Pflicht, als Opposition Vorschläge zu unterbreiten, wie Wege aus der Schulkrise gefunden werden könnten, nicht durch Untätigkeit entledigen.

Wenn sie die beiden anderen Oppositionsfraktionen betrachte, insbesondere die CDU-Fraktion, gelte für sie das Motto "Im Reden sind sie fix, für die Bildung tun sie nix" zu.

Von der F.D.P. hätte sie zumindest Vorschläge erwartet. Die CDU wetteifere mit ihren Kürzungsvorschlägen im Sparen mit der Landesregierung. Sie sehe nicht, mit welchem Recht sich die CDU-Fraktion im Lande als Opposition zur Landesregierung darstelle.

Interessanterweise finde man eine Position, bei der zugelegt werde, und zwar beim Aufbau der Datenverarbeitung an den Schulen. Dafür sollen 4 Millionen DM bereitgestellt werden. In unmittelbarer Verbindung damit sei aber eine Kürzung der Lehrerfortbildung in Höhe von 3 Millionen DM genannt. Mit dem Konzept "Moderne Technik statt qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen" wolle die CDU-Fraktion im Ausschuß und draußen den Eindruck erwecken, sie sei der Retter aller Schulen. Dem könne sie nicht folgen. So etwas bezeichne sie als Verhöhnung der Lehrerinnen und Lehrer, der Elternschaft und der betroffenen Schülerinnen und Schüler.

Im übrigen sei die Fraktion DIE GRÜNEN nicht bereit, die Unstimmigkeit zwischen dem tatsächlichen Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern und dem, was die Landesregierung zur Verfügung stellen wolle, durch Einsparungen stimmig zu machen. Um den Standard an den Schulen zu halten, müßten etliche Einstellungen vorgenommen werden.

Sodann erläutert Frau Schumann die Anträge ihrer Fraktion und bittet um Einzelabstimmung. - Die Anträge und Begründungen sind im wesentlichen der Vorlage 11/891 zu entnehmen.

Abgeordnete Fischer (SPD) hebt hervor, das vorliegende Handlungskonzept der Landesregierung solle bereits zum neuen Schuljahr 1992/93 wirksam werden. Darum habe die Landesregierung auch angekündigt, einen Nachtragshaushalt vorzulegen.

Die SPD-Fraktion lege von daher keine Änderungsvorschläge vor, weil sie das zum gegebenen Zeitpunkt eventuell für den Nachtragshaushalt tun wolle. Sie halte es auch nicht für sinnvoll, über die einzelnen Anträge abzustimmen, weil nicht auszuschließen sei, daß der eine oder andere Antrag im Nachtragshaushalt aufgenommen oder geändert werde.

Abgeordnete Philipp (CDU) äußert ihr Erstaunen über diese Auffassung von Haushaltsberatung.

Auch frage sie, warum die Landesregierung, wenn sie sowieso einen Nachtragshaushalt vorlegen wolle, das nicht sofort tue.

An Frau Schumann gewandt, macht Frau Philipp darauf aufmerksam, die von ihrer Fraktion vorgeschlagene Ent-kw-isierung bedeute gleichzeitig eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation in den einzelnen Bereichen, was zu Neueinstellungen und Wiederbesetzungen in einzelnen Kapiteln führe. Darüber scheine Frau Schumann überhaupt nicht nachgedacht zu haben.

Was den Vorschlag einer Verstärkung der automatisierten Datenverarbeitung an den Schulen angehe, so sei er einer der wesentlichen Konsequenzen aus dem Kienbaum-Gutachten. Die CDU verstehe sich nämlich als eine Oppositionsfraktion, die Prioritäten setzen wolle. So etwas bedinge, daß hier und da gekürzt werden müsse, wo man es für vertretbar halte, und dort Prioritäten gesetzt würden, wofür man Mittel bereitstellen müsse.

Abgeordnete Philipp (CDU) kommt auf die Antwort der Landesregierung zu einer Frage der CDU-Fraktion zum Landesinstitut für Internationale Berufsbildung in Solingen, Information 11/229, zu sprechen. Sie erkundigt sich, wieso bei so wenigen Teilnehmern ein solch hoher Haushaltsansatz veranschlagt werde.

Ministerialdirigent Niehl (Kultusministerium) verweist zunächst auf die Erläuterungen zum Sachhaushalt des Einzelplans 05 - Vorlage 11/764, Seite 30. Dort werde ersichtlich, daß das Institut zum einen gewerbliche Lehrkräfte für den Metallbereich ausbilde, die dann wieder in die Entwicklungsländer zurückgingen; zum anderen würden von dort Entwicklungsprojekte in Asien, aber auch in Afrika betreut.

Auf eine entsprechende Zusatzfrage der **Abgeordneten Philipp (CDU)** entgegnet **Kultusminister Schwier**, wenn es dieses Institut nicht gäbe, könnten diese Projekte nicht stattfinden. Dann würden keine Beratungen in Vietnam, China und verschiedenen anderen Ländern Afrikas durchgeführt; niemand würde ausgebildet, der dann die berufliche Bildung in seiner Heimat helfe aufzubauen.

Sodann stimmt der **Ausschuß** über die vorliegenden Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN nach Begründung und eventueller kurzer Aussprache ab.

Die wesentlichen Begründungen und die Abstimmungsergebnisse sind der **Drucksache 11/2805** zu entnehmen.

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung **stimmt** in der Schlußabstimmung dem Einzelplan 05 - Kultusministerium - unverändert und § 21 Gemeindefinanzierungsgesetz 1992 (Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen) mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN zu.

gez. Frey
Vorsitzender

11.02.1992/20.02.1992